

# POLITIK

# WECHSELN.

## Hier ist mehr drin:

**Grün oder nicht grün?** – Das ist hier die Frage. Nicht für die Wirtschaft: Ökologische Rahmenbedingungen sind der Schlüssel für ökonomische Prosperität im Land. Von Winfried Kretschmann.

**Zementieren oder ausprobieren?** – Oder anders gefragt: Wie muss sich das Schulsystem wandeln, um kind-gerecht und demographie-fest zu werden. Von Chris Kühn.

**Vorwärts oder rückwärts?** – Was für eine Frage: Beim Klimaschutz ist entscheidend, ob die Energiewende gelingt. Von Gisela Splett

**Allein oder gemeinsam?** – Gute Frage, aber kein Gegensatz. Denn eine Gesellschaft kann nur solidarisch funktionieren. Mit jedem einzelnen im Boot. Von Bärbl Mielich.

**Öffentlich oder individuell?** – Falsche Frage: Auf eine intelligente Verknüpfung der Verkehrsträger kommt es an. Von Andreas Schwarz.

## Wer, wenn nicht Grün?



Von Silke Krebs

An die ersten Punkte auf der Wahlkampf-To-Do-Liste können wir Häkchen machen: Wir haben bei unserer Landesdelegiertenkonferenz ein hervorragendes Landtagswahlprogramm verabschiedet. Und auch unsere Kampagnenlinie kam beim Kreisvorständetreffen richtig gut an. Damit haben wir die Grundlage dafür gelegt, dass 2011 Grün wird. Das ist auch gut so, denn der Vorwahlkampf hat eigentlich längst begonnen und wird – so sieht es derzeit aus – im neuen Jahr nahtlos in den eigentlichen Wahlkampf übergehen. Und

wir alle spüren, dass dieser Wahlkampf intensiver und härter wird als alle zuvor. Dafür haben wir aber auch mehr Rückenwind als jemals zuvor: Fantastische Umfragewerte und so viele Mitglieder wie noch nie zeigen, dass wir eine Menge Zustimmung und Unterstützung bekommen. Und da wir Grünen grundsolide sind, und auch die Baden-WürttembergerInnen nicht gerade zum extremen Überschwang neigen, muss niemand befürchten, dass wir den Boden unter den Füßen verlieren: Bei uns bleiben die Schuhsohlen unbeschriftet!

Fortsetzung Seite 2



Gelassen zu bleiben ist vermutlich auch die beste Art, diese Wahl anzugehen. Wir sehen deshalb auch keinen Grund, je nach Tagespolitik unseren Kurs der Eigenständigkeit zu korrigieren. Wer sollte auch gerade in Frage stellen, dass die Grünen eine eigene Kraft mit eigener Stärke sind? Dennoch ist bei grundsätzlicher Eigenständigkeit klar, dass eine Koalition mit der CDU im Frühjahr 2011 derzeit mehr als unwahrscheinlich ist. Schließlich verrennen sich Mappus und Co. in eine rückwärtsgewandte Politik, die mit grünen Zielen aber auch gar nichts zu tun hat. Und natürlich freuen wir uns, dass es erstmals eine prognostizierte Mehrheit für Grün-Rot gibt. Hand aufs Herz, wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, dass so etwas Ende 2010 in Baden-Württemberg möglich ist?

Wichtig ist auch, dass wir uns nicht einreden lassen, das alles beruhe nur auf einem momentanen Hype oder der Auseinander-

setzung um Stuttgart 21. Denn der positive Trend hält nun schon recht lange an und ist auch bundesweit zu spüren. Ich bin mir sicher: Wir erfahren gerade auch deshalb viel Zustimmung, weil wir unsere Themen nicht nach Trends ausrichten. Wir haben Klimaschutz in den Mittelpunkt gerückt, als es dafür noch wenig Zustimmung gab. Und wir sind auch nicht diejenigen, die ihre Themenbreite dem gerade Erfolg versprechenden Thema unterordnen. Dazu gibt es bei uns viel zu viele ÜberzeugungstäterInnen, deren Herzblut und ganzes Engagement jeweils ihrem Thema gewidmet ist – sei es soziale Gerechtigkeit, Ökologie, Verkehrspolitik, Tierschutz, Wirtschaftspolitik oder eines der vielen anderen wichtigen Themen. Auch die Länge des Landtagswahlprogramms legt davon ein beredtes Zeugnis ab.

Auch anderes spricht für uns: In Sachen offener, diskursiver Politikstil kann uns nun wirklich niemand was vormachen!

Genau das, was viele in Baden-Württemberg angesichts der Basta-Politik à la Mappus vermissen, hat bei uns große Tradition: Kontroverse Fragen ausführlich und offen zu diskutieren. Allein der Vergleich der jeweiligen Parteitagskultur zeigt, wo lebendige Politik zuhause ist: Bei uns. Diesen Politikstil wollen wir im ganzen Land möglich machen. Damit die Menschen bei wichtigen Projekten mitreden können, ihre Anregungen und Einwände ernst genommen und einbezogen werden. Durch echte Beteiligung, mehr direkte Demokratie und durch umfassende Transparenz in der Umsetzungsphase.

Deshalb gibt die Überschrift dieses Artikels die richtige Antwort auf die Frage, wer einen echten Politikwechsel in Baden-Württemberg möglich machen wird: Nur wir Grüne. Packen wir's an!



Silke Krebs ist Landesvorsitzende der baden-württembergischen Grünen





# Für einen Green New Deal

Von Winfried Kretschmann

Geht es nach CDU und FDP, dann soll alles so bleiben, wie es ist. Ihnen fehlt die Einsicht, dass der Klimawandel und die knapper werdenden Ressourcen Baden-Württemberg vor große Herausforderungen stellen. Dabei empfehlen sogar die Berater der Landesregierung: Die Wirtschaftspolitik soll sich auf die Zukunftsfelder nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz, Gesundheit und Pflege sowie IT konzentrieren. Gegen den Fachkräftemangel soll das Land die Schulen verbessern, die Weiterbildung voranbringen und Familie und Beruf besser vereinbar machen. Kurz gefasst: Baden-Württemberg braucht einen Green New Deal.

## Beispiel Nachhaltige Mobilität

Obwohl die Zeit des billigen Öls vorbei ist, stellt unsere Automobilindustrie vor allem große und schwere Autos her, und die Zulieferer sind Spezialisten für den Verbrennungsmotor. Wir wollen erreichen, dass Fahrzeuge made in Baden-Württemberg viel weniger Energie verbrauchen. Die CDU hat die Pläne der EU-Kommission für ambitionierte CO2-Grenzwerte für PKW unterlaufen. Der ökologische Modernisierungsschub wurde damit verzögert. Wenn Grün regiert, soll das bei den europaweiten CO2-Grenzwerten für leichte Nutzfahrzeuge nicht noch einmal passieren. Wir wollen die Forschung für die Energiespeicherung, zum Beispiel in Batterien, voranbringen. Aber im Gegensatz zu Schwarz-Gelb wollen wir den Verbrennungsmotor nicht einfach gegen den Elektromotor tauschen. Wir brauchen intelligente Mobilitätskonzepte, die alle Verkehrsmittel – vom Fahrrad über Bus und Bahn bis zum Auto – sinnvoll kombinieren. Das spart CO2 und macht verstopfte Städte wieder lebendig.

## Beispiel Nachhaltige Energieversorgung

Weniger als ein Viertel des Stroms wird bundesweit aus Atomkraft gewonnen, rund die Hälfte ist es in Baden-Württemberg. Die bisherige Landesregierung will nicht etwa diesen Modernisierungsrückstand aufholen. Sie hat es sogar zum Ziel erho-

ben, diesen Anteil mindestens bis 2020 beizubehalten – und dabei nicht eine Kilowattstunde Strom einzusparen. Kein Wunder, dass Stefan Mappus die kräftige Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke mit durchgesetzt hat. Dieses Geschenk an die Atomkonzerne, das wir über Bundesrat und Bundesverfassungsgericht stoppen wollen, schadet dem Wettbewerb auf dem Strommarkt. Und es schadet den Stadtwerken, die in dezentrale Energieversorgung und effiziente Kraft-Wärme-Kopplung investieren.

Dass Baden-Württemberg weniger als ein Prozent Windkraft im Strommix aufweist, ist das Werk der CDU. Mit ihrem Kampf gegen gute Standorte für Windkraftanlagen hat sie Investoren vergrault. Eine grüne Landesregierung bräuchte nicht einen Euro öffentlicher Mittel, um diese unökologische Ordnungspolitik zu ändern. Viele Maschinenbauer und bisherige Automobilzulieferer im Land warten darauf, mit Windkraft auf ihrem Heimatmarkt Geld zu verdienen und Arbeitsplätze zu sichern.

## Ökologischer Ordnungsrahmen

Baden-Württemberg muss als weltweit bedeutender Industriestandort seiner ökologischen Verantwortung besser gerecht werden. Eine ökologische Ordnungspolitik mit klaren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ist dabei der Schlüssel. Genau das fordern viele Unternehmen ein. Sie setzen auf ihren technologischen Vorsprung, um höhere Umweltstandards von Lärm über Schadstoffe bis zu CO2 einzuhalten. Bei CDU und FDP finden sie keine Ansprechpartner. Gemeinsam mit innovativen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, ForscherInnen und einer kritischen Öffentlichkeit können wir in Baden-Württemberg eine ökologische Modernisierung in Gang setzen, die weltweit zu weniger Energie- und Ressourcenverbrauch beiträgt.

Winfried Kretschmann  
ist Spitzenkandidat der Grünen  
zur Landtagswahl und  
Vorsitzender der Grünen im Landtag

## Neue GRUENE-BW.de

Schöner, neuer, interaktiver – die neue Website der baden-württembergischen Grünen ist jetzt am Start. Die neue GRUENE-BW.de dient als unser zentrales Informationsportal und virtuelle Wahlkampfzentrale. Hier laufen alle unsere Online-Aktivitäten vom Blog, über MEINE KAMPAGNE bis zu unseren Web 2.0-Aktivitäten zusammen. Im Lauf des Wahlkampfs kommen immer neue Tools und Angebote wie unsere grüne Smartphone-App, das Plakatspende-Tool oder der Grün-O-Mat dazu. Schaut rein:

[www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)



## MEINE KAMPAGNE BaWü

Egal, ob Du Mitglied oder SympathisantIn bist, ob Du nur einige Minuten Zeit mitbringst oder mehr, ob Du online aktiv werden möchtest oder auf der Straße bei Dir vor Ort – unsere Aktionsplattform MEINE KAMPAGNE bietet dir viele Möglichkeiten, wie Du uns im Landtagswahlkampf unterstützen kannst. Werde auf MEINE KAMPAGNE aktiv gegen Stuttgart 21, für den Atomausstieg, für eine bessere Bildungspolitik oder für die Abrüstung von Justizminister Goll!

[www.gruene-bw.de/meine-kampagne](http://www.gruene-bw.de/meine-kampagne)





# Für einen Aufbruch in der Bildungspolitik

Von Chris Kühn

Die schwarz-gelbe Bildungspolitik ist grundlegend gescheitert. In keinem anderen Bundesland hängen die Bildungschancen eines Kindes so sehr vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern ab wie bei uns. Die Chancen eines Arbeiterkindes, ein Gymnasium zu besuchen, sind bei uns um ein vielfaches niedriger als für ein Akademikerkind. Die schwarz-gelben „Bildungsreformen“ der letzten Jahre haben die Bildungsmisere in Baden-Württemberg noch weiter verschärft.

Die Einführung der Werkrealschule ist eine reine Mogelpackung und wirkt als Schulschließungsprogramm im ländlichen Raum. Wir wollen hingegen, dass die Schule im Dorf bleibt und die Basta-Politik des Kultusministeriums ein Ende findet. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums hat die zeitliche Belastung und den psychischen Druck auf die Kinder massiv erhöht. Hinzu kommt, dass pro Jahr an unseren Schulen 1,6 Millionen Unterrichtsstunden ausfallen. Unter diesen Bedingungen ist der Ausbau der individuellen Förderung nur ein leeres Versprechen.

Anstatt Bildungsblockaden einzureißen, hält die Landesregierung an ihrer überkommenen Schulpolitik fest und zementiert das ungerechte dreigliedrige Schulsystem. Jede innovative Schulentwicklung vor Ort wird aus ideologischen Gründen systematisch verhindert. Die Folge: Wir haben im Land viel zu viele BildungsverliererInnen.


Wir Grünen wissen: Es braucht einen bildungspolitischen Aufbruch im Land. Deshalb muss endlich ein Schwerpunkt auf die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes gelegt werden. Wir Grünen stehen für ein wirklich kindgerechtes Bildungssystem, das jedes Kind in Baden-Württemberg optimal unterstützt.

Auf den Anfang kommt es an. Deshalb müssen Kitas und Kindergärten zu echten Bildungseinrichtungen weiterentwickelt werden. Wir Grüne wollen die Krippenplätze ab dem ersten Lebensjahr und die Ganztagesplätze flächendeckend massiv ausbauen

und das spielerische Lernen ins Zentrum stellen.

Die Aufteilung von Kindern nach der vierten Klasse steckt Zehnjährige in Schubladen und vergeudet Talente, die wir später dringend als Fachkräfte brauchen. Deshalb wollen wir die zehnjährige Gemeinschaftsschule für alle Kinder und konsequente individuelle Förderung. Damit orientieren wir uns am Vorbild der skandinavischen Spitzenschulen. Unsere Schule fußt auf einer neuen Lernkultur, die Verschiedenheit nicht als Problem sieht, sondern als Chance. Wir wissen: Begabtenförderung und die Förderung schwächerer Schüler schließen sich nicht aus, sondern bedin-

gen sich gegenseitig. Für uns ist dabei klar: Die Zeit von Bildungsreformen von oben herab sind vorbei. Deshalb wollen wir die Schulentwicklung in die Hände der Kommunen, Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen vor Ort geben. Überall dort, wo diese das wollen, sollen längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und neue Lernformen eingeführt werden.

Bei der Landtagswahl am 27. März geht es um viel. Aber vor allem geht es um die Zukunft unserer Kinder. Und die brauchen vor allem eines: eine gute Bildung. 

Chris Kühn ist Landesvorsitzender der baden-württembergischen Grünen





# Für konsequenten Klimaschutz


Von Gisela Splett

Der Klimawandel wird die Menschheit in diesem Jahrhundert noch vor nie da gewesene Herausforderungen stellen. Um die weltweiten Auswirkungen in einem halbwegs beherrschbaren Ausmaß zu halten, müssen wir in den Industrieländern unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch reduzieren und bis 2050 auf unter 10 Prozent der aktuellen Werte herunterfahren. „Weiter so“ ist keine Option und kleine Korrekturen werden nicht ausreichen. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren brauchen wir deutliche Impulse für Energieeinsparung – nicht nur beim Stromverbrauch und der Wärmeversorgung, sondern auch in den Bereichen Mobilität, Konsum und Landwirtschaft bzw. Ernährung.

Doch statt sich dieser Herausforderung anzunehmen, hat die Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept den Rückwärtsgang eingelegt. Schwarz-Gelb agiert als Handlanger der großen Energiekonzerne und hat den beschlossenen Atomausstieg aufgekündigt. Die Bundesregierung – angetrieben von den baden-württembergischen AtomfreundInnen Mappus und Gönner – setzt auf alte zentrale Strukturen. Mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ignoriert sie das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und das ungelöste Endlagerproblem. Dabei ist doch klar: das Ziel lautet 100 Prozent Erneuerbare und vollständige Abkehr von den fossilen und atomaren Energieträgern. Auch im Sinne unserer internatio-

nen Wettbewerbsfähigkeit sollte Baden-Württemberg hier Vorreiter sein und das Bremserhäuschen verlassen. Die Landtagswahl entscheidet darüber, ob die Energiewende bei uns gelingt und in welche Richtung Baden-Württemberg zukünftig beim Bund Druck macht.

Wir Grünen werden den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben und die Blockade beim Ausbau der Windkraft beenden. Statt auf schmutzigen Strom aus Atom und Kohle setzen wir auf mehr Kraft-Wärme-Kopplung und eine bessere Ausschöpfung bisher ungenutzter Energiepotentiale z.B. im Bio-Abfallbereich. Wir beschleunigen die Wärmesanierung des Gebäudebestands. Und weil auch die Landwirtschaftspolitik Auswirkungen auf unsere CO<sub>2</sub>-Bilanz hat, werden wir auch hier den Klimaschutz stärken und die Förderprogramme so gestalten, dass sie Humusanreicherung honorieren und Anreize für einen geringen Energie-Input geben. Wir richten die Verkehrspolitik an Klimazielen aus, nutzen Möglichkeiten zur Verkehrsvermeidung und stärken das öffentliche Nah- und Fernverkehrsangebot. Wichtig ist mir auch die Vorbildfunktion des Landes: Das fängt bei der Wärmedämmung von Landesgebäuden an, beinhaltet aber auch einen sparsamen Fuhrpark, ein öko-faires Beschaffungswesen und die Verwendung klimafreundlicher Produkte wie z.B. Recyclingpapier, weniger Fleisch und mehr Bio in Kantinen sowie die Umstellung auf Ökostrom.

Beim Ausbau der Erneuerbaren heiligt das Ziel allerdings nicht die Mittel: Unsere ökologischen Ansprüche gelten auch für die Energiewende. Denn bei aller Bedeutung, die die von uns Grünen vorangetriebene Energiewende hat: Am Ende geht es darum, unsere Lebens- und Wirtschaftsweise insgesamt ökologisch verträglich zu gestalten und Baden-Württemberg zukunftsfähig zu machen. 

Gisela Splett ist Mitglied im grünen Spitzenteam zur Landtagswahl und umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag





# Für mehr soziale Gerechtigkeit



Von Bärbl Mielich

2011 wird grün – wir schicken uns an, Baden-Württemberg zu verändern. Gründlicher als bisher werden grüne Ideen und grüne Konzepte bewertet, vor allem die Grüne Sozialpolitik. Doch wie sieht die Grüne Vision einer gerechten Sozialpolitik aus, was unterscheidet uns von den Sozialdemokraten, wo wollen wir Verantwortung übernehmen, wo motivierend unterstützen? Klar ist, dass wir keinen reinen Fürsorgestaat wollen. Klar ist auch, dass wir in der Sozialpolitik vor großen Herausforderungen stehen: Unsere Gesellschaft verändert gerade grundlegend ihre Zusammensetzung. Der Anteil junger Menschen schwindet, gleichzeitig erhöht sich der Anteil Älterer. Das bedeutet, dass sich das soziale Leben grundlegend verändern wird. Entsprechend muss die Politik hier einen Rahmen vorgeben.

Grüne Sozialpolitik hat das Ziel, alle BürgerInnen in diesem Land am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Das bedeutet Spielräume zu eröffnen, die individuelle Lebensentwürfe umsetzbar machen und gleichzeitig Initiativen zu unterstützen, den sozialen Raum durch die BürgerInnen zu gestalten. Wir wollen eine starke solidarische Gesellschaft, in der Unterstützung und Aufmerksamkeit für unterschiedliche Bedürfnisse herrschen und gleichzeitig Verantwortung füreinander übernommen wird.

Das beginnt mit der frühkindlichen Förderung. Kleine Kinder brauchen alle den Kontakt zu Gleichaltrigen, um zu kommunizieren und voneinander zu lernen. Kinder mit Migrationshintergrund lernen so schneller die deutsche Sprache, genauso wie Kinder, die in einem spracharmen Haushalt aufwachsen. Kinder mit Behinderungen brauchen früh den Kontakt und die Förderung mit und durch Kinder ohne Behinderungen.



Diese Chance muss Politik eröffnen. Wir brauchen eine entsprechend ausgebaute Infrastruktur und wir brauchen vor allem bezahlbare Kita-Plätze. Dazu müssen alle politischen AkteurInnen in ein Boot, die Kommunen und das Land müssen sich an den Kosten beteiligen. Klar ist aber auch, dass Eltern individuell entscheiden, ob sie dieses Angebot annehmen wollen oder nicht. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit.

Wir sehen in der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention den Paradigmenwechsel, der nötig ist, um mit dem Umbau unserer Gesellschaft hin zu einer barrierefreien Gesellschaft zu beginnen. Wir wollen die gemeinsame Schule für alle, eine barrierefreie Kommunikation, die auch seh- und hörbehinderten Menschen zugänglich ist, die Unterstützung beim Schaffen von barrierefreiem Wohnraum, den Abbau von Barrieren in Unis, Ausbildungseinrichtungen und Arbeitsplätzen.

Wir wollen in der Alten- und Pflegepolitik neue Wege gehen. Weg von großen Pflegeeinrichtungen hin zu dezentralen wohnortnahen Betreuungs- und Pflegeeinheiten, die getragen werden vom sozialen Umfeld, vom Quartier in der Stadt oder dem Dorf.

Wir werden mit einer stärkeren Vernetzung von Krankenhäusern, Gesundheitszentren und niedergelassenen Praxen eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung gerade auch im ländlichen Raum sichern.

Grüne Sozialpolitik braucht viele Menschen, die wir begeistern wollen. Wir haben bei der Landtagswahl erstmalig die gute Chance, unsere Ideen in die Tat umzusetzen. Nutzen wir sie!

Bärbl Mielich ist Mitglied im grünen Spitzenteam zur Landtagswahl und Sprecherin der Grünen im Landtag für Gesundheitspolitik, Ältere und Menschen mit Behinderung





## Für eine echte Verkehrswende

Von Andreas Schwarz

Wir Grünen wollen einen besseren öffentlichen Personenverkehr im ganzen Land anstatt zu viel Geld für unnötige Großprojekte zu verschwenden. Deshalb werden wir alles tun, um Stuttgart 21 zu verhindern. Denn das Projekt ist völlig überteuert, und es drohen riesige Kostenexplosionen. Außerdem führt Stuttgart 21 dazu, dass in Baden-Württemberg notwendige Bahnprojekte dem Rotstift zum Opfer fallen oder auf die lange Bank geschoben werden. Weiter wird mit Stuttgart 21 ein integraler Taktfahrplan unmöglich, Zuwächse im Schienenverkehr werden auf Dauer verhindert und die vielen Engpässe am neuen Nadelöhr Stuttgart werden zu ständigen Verspätungen führen.

Damit mehr Menschen auf die Bahn umsteigen, brauchen wir gut getaktete,


verlässliche Verbindungen und die passenden Anschlüsse. Außerdem müssen wir bestehende Strecken erneuern und die ICE-Neigetechnik weiterentwickeln, um zusätzliche Fahrzeitverkürzungen zu erreichen. Anstatt Stuttgart 21 durchzuboxen, brauchen wir den Ausbau der Rheintalbahn und der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim. Diese Projekte sind für ein leistungsfähiges europäisches Schienennetz dringend notwendig, aber bislang völlig unterfinanziert.

Autos und LKWs stoßen Unmengen an klimaschädlichen CO<sub>2</sub> und Feinstaub aus. Daher muss der Verkehr endlich seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten: Dies gelingt durch eine integrierte Verkehrsplanung, die auf Verkehrsvermeidung durch eine optimierte Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklungsplanung

ausgelegt ist. Außerdem brauchen wir mehr umweltorientierten Verkehr – Fußgängerverkehr, Radverkehr, Verkehr mit Bussen und auf der Schiene – und eine radikale CO<sub>2</sub>-Reduktion im Straßenverkehr (z.B. durch E-Mobilität mit erneuerbaren Energien).

Wir Grünen wollen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), bei dem Regionalzug, S-Bahn, Stadtbahn, Omnibus und Anrufsammeltaxi häufig und gut aufeinander abgestimmt fahren. Nachtverbindungen machen junge Menschen mobil und bringen in den Nachtstunden mehr Verkehrssicherheit. Dort wo eine vollständige Versorgung heute noch nicht möglich ist, müssen Individualverkehr und ÖPNV besser miteinander verknüpft werden. Ein guter ÖPNV ist auch sozialpolitisch wichtig, da er allen Menschen Mobilität garantiert. Für uns ist klar: Die Tarife im ÖPNV müssen bezahlbar bleiben. Daher lehnen wir eine noch stärkere Nutzerfinanzierung über weitere Preiserhöhungen ab.

Wir wollen, dass der Schienennahverkehr landesweit mit einem dichten und regelmäßigen Taktfahrplan und mit modernen und komfortablen Fahrzeugen fährt. Das Fahrplanangebot ist auszubauen. Und wir brauchen mehr Qualität – also Verbesserungen etwa bei Fahrzeugen, Pünktlichkeit, Anschlusssicherheit, Sauberkeit, Sicherheit oder Anzahl und Öffnungszeiten der Verkaufsstellen. An allen Bahnhöfen sollen die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder verbessert und die Carsharing-Stellplätze ausgeweitet werden. Wir wollen einen bezahlbaren landesweiten Baden-Württemberg-Tarif einführen und die Zersplitterung in mehr als 20 Verkehrsverbünde beenden. Und wir wollen andere umweltfreundliche Verkehrsangebote wie Carsharing, Call a Bike und Anrufsammeltaxis in diesen Tarif einbeziehen.

Grün steht für eine echte Verkehrswende. Uns geht es darum, den öffentlichen Personenverkehr in der Fläche zu stärken. Denn davon profitieren die Menschen im ganzen Land und das Klima – und nicht von einem Prestigeprojekt im Stuttgarter Untergrund. 

Andreas Schwarz ist Mitglied im grünen Spitzenteam zur Landtagswahl und Landesvorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung GAR

# greencampus

weiterbildung | politik | management



## Alles fit?

Dein Trainingsplan für die Politik unter:

[www.greencampus.de](http://www.greencampus.de)

# VIelfALT STATT EINFALT

DIE ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT

SAMSTAG 29. JANUAR 2011

BEGINN 10.30 UHR · ENDE 16.00 UHR

STADTHAUS ULM

MÜNSTERPLATZ 2 · 89073 ULM

UNTER ANDEREM MIT:  
WINFRIED KRETSCHMANN, MdL  
MARTIN HÄUSLING, MdEP  
BÄRBEL HÖHN, MdB

Weitere Informationen  
unter [www.heide-ruehle.de](http://www.heide-ruehle.de)



## IMPRESSUM:

### Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Baden-Württemberg  
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart  
Telefon 0711-99 35 90  
Telefax 0711-99 35 999  
[landesverband@gruene-bw.de](mailto:landesverband@gruene-bw.de)  
[www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)

### Layout&Satz:

[gerhard@fontagnier.de](mailto:gerhard@fontagnier.de)

### Redaktion:

Danyal Bayaz, Tilo Berner, Sandra Boser,  
Nadyne Dittmann, Florian Krebs,  
Carsten Preiss, Wolfgang Schmitt,  
Swantje Sperling, Dirk Werhahn

### Druck:

auf Umweltpapier bei  
Oktoberdruck AG, Berlin  
(Auflage 6.500 Exemplare)

### Bildquellen:

Seite 2: [norbertloev/flickr.com](https://www.flickr.com/photos/norbertloev/) (CC-BY-NC)